

Wie fit ist Deutschland für die New Economy?

Kongress in Berlin

Wie kann im Spannungsfeld von globalem Wettbewerb und national begrenzten Handlungsmöglichkeiten der Politik die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland gesichert werden? Was muss getan werden, um der New Economy gute Ausgangschancen zu schaffen? Vor welchen Herausforderungen steht hierbei die Schlüsselbranche Telekommunikation?

Diese Fragen standen im Mittelpunkt eines Kongresses am 15. März 2001 in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin.

Gunnar Uldall MdB, der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, schätzt Deutschland als fit für den globalen Wettbewerb ein, vor allem weil die Regierung Helmut Kohl die richtigen Weichenstellung u.a. bei der Privatisierung der Bundespost vorgenommen hat. Es müsse jetzt darum gehen, alle Chancen, die der Weltmarkt Deutschland biete, auch zu nutzen. Dazu schrieb er der rot-grünen Regierung ins Stammbuch: Die Steuerreform 2000 ist kontraproduktiv für den Standort Deutschland im globalen Wettbewerb. Sie diskriminiere Personengesellschaften gegenüber großen Unternehmen und halte Business Angels davon ab, in Start-ups zu investieren. Gleiches gelte für die Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes. Damit werde den neuen Wirtschaftsstrukturen eine überholte Gedankenwelt übergestülpt. Die New Economy stelle neue Anforderungen. Die Unternehmen benötigten schnelle und dezentrale Entscheidungen. Besondere Bedeutung maß er der Bildungspolitik zu. Entscheidend sei, dass junge Leute schneller ins Berufsleben eintreten und sich früher selbständig machen.

In der Podiumsdiskussion unter der Moderation von Stephan Eisel, Leiter der Hauptabteilung Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung, erörterten Hans-Willi Hefekäuser, Leiter des Zentralbereichs Ordnungs- und Wettbewerbspolitik der Deutschen Telekom, der Vorstandsvorsitzende von Mannesmann Arcor Harald Stöber und Prof. Dr. Jörn Kruse vom Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität der Bun-

deswehr Hamburg, wieviel Staat der Markt in der Schlüsselbranche Telekommunikation braucht.

Stöber will bei den jetzigen Marktgegebenheiten den Regulierungsrahmen noch nicht geändert wissen. Es müsse nachhaltiger Wettbewerb gefördert werden, insbesondere im Anschlussmarkt. Das Telekommunikationsgesetz (TKG) biete die richtigen Rahmenbedingungen hierfür. Nur wenn die Regulierungsbehörde unabhängig bleibe und Entscheidungen im Sinne des TKG getroffen werden könnten, würde chancengleicher Wettbewerb entstehen, der zum Wohle der Verbraucher Dienste und Innovationen fördere und auf Produktdifferenzierung basiere.

Dem widersprach Hans-Willi Hefekäuser. Die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes in Deutschland habe zu einer hohen Wettbewerbsintensität geführt. Regulierung sei vom Gesetzgeber nicht auf Dauer angelegt. Ihre Notwendigkeit entfalle, sobald der Wettbewerb funktioniere. Die Wettbewerbsentwicklung in Deutschland erfordere schon heute, staatliche Eingriffe auf das Notwendige zurückzuführen. Deutschland besitze ein bewährtes und funktionierendes allgemeines Wettbewerbsrecht, welches missbräuchliches Verhalten kontrollieren und verhindern könne. Ein Bedarf an sektorspezifischer Regulierung bestehe nur bei so genannten Bottlenecks.

Elvira Giebel-Felten



Hans-Willi Hefekäuser von der Deutschen Telekom
Fotos: Henning Lüders



CDU-Vorsitzende Angela Merkel



Ron Sommer, Chef der Deutschen Telekom



Gunnar Uldall MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Harald Stöber, Vorstandsvorsitzender von Mannesmann Arcor